

---

## Europa Aktuell 5/2020

### Kreislaufwirtschaftsaktionsplan verweist auf Gemeinden

*Der neue Kreislaufwirtschaftsaktionsplan zielt v.a. auf die Industrie, indem Lebensdauer und Wiederverwertbarkeit von Produkten erhöht und der Ressourceneinsatz ganz allgemein reduziert und optimiert werden sollen. Bei der nachhaltigen und grünen öffentlichen Beschaffung, beim Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum und anderen Themen sind Gemeinden aber explizit angesprochen.*

Das Vergaberecht ist das Mittel zum Zweck, wenn die öffentliche Hand EU-Vorgaben unterstützen soll. Auch der [Aktionsplan Kreislaufwirtschaft](#) verweist auf das Potenzial öffentlicher Aufträge bei der Absatzförderung umweltfreundlicher und ressourcenschonender Produkte. Vorerst ist von Leitlinien und best-practice Austausch zwischen den Gebietskörperschaften die Rede, legislative Vorgaben sind in Zukunft aber nicht auszuschließen.

Im Zusammenhang mit der Reduktion von Verpackungsmaterial und dem Einsatz von Kunststoffen findet sich ein Verweis, dass die Kommission die Umsetzung der revidierten Trinkwasserrichtlinie genau beobachten und insbesondere darauf achten wird, ob in allen Mitgliedstaaten ausreichend öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden – ein klarer Wink Richtung Kommunen, die letztlich dafür zuständig sind.

Ähnlich wie im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung kündigt auch der Aktionsplan nicht näher definierte Maßnahmen gegen die Bodenversiegelung an und verweist auf die noch kommende Renovierungsinitiative, in welcher wohl mit Vorgaben für die Wiederverwendung von Bau- und Abbruchabfällen und für Isoliermaterial zu rechnen ist. Auch hier werden Gemeinden mit ihrem großen Gebäudebestand Zielgruppe sein.

Der Aktionsplan kündigt auch die Überprüfung der Abwasserbehandlungs- und Klärschlamm-Richtlinien an, dies könnte in Richtung Wiederverwendung von Abwasser und Klärschlammausbringung in der Landwirtschaft gehen.

Die von der Kommission angedachte Harmonisierung der Getrenntsammlensysteme muss aus kommunaler Sicht wohl kritisch hinterfragt werden, insbesondere in jenen Ländern, wo die getrennte Sammlung gut funktioniert. Hier könnte allenfalls vorgeschlagen werden, auf diesen best practices aufzubauen, nicht aber, diese zugunsten vollkommen neuer Systeme zu zerschlagen.

Der Aktionsplan ist eine Mitteilung, enthält also keine konkreten Gesetzesvorschläge. Der vierseitige [Anhang](#) liefert mehr Details, er listet die in den nächsten zwei Jahren geplanten Maßnahmen.

[https://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index\\_en.htm](https://ec.europa.eu/environment/circular-economy/index_en.htm)

## **AirBnB&Co teilen Daten mit Eurostat**

*Die Kommission unterzeichnete kürzlich ein Abkommen mit AirBnB, Booking, Expedia und Tripadvisor. Die Plattformen erklären sich darin bereit, Buchungsdaten mit Eurostat zu teilen. Auch wenn keine Rückschlüsse auf konkrete Objekte möglich sind, werden die Daten einen Überblick über die Zahl der Buchungen pro Stadt/Gemeinde oder Region erlauben.*

Der mangelnde Kooperationswille der großen Buchungsplattformen mit lokalen Behörden ist nichts Neues. Um dem nun etwas entgegenzuhalten, einigten sich die vier o.g. Plattformen darauf, Buchungsdaten mit Eurostat zu teilen. Die nicht rückverfolgbaren Daten sollen Aufschluss über die Zahl der Buchungen (Ort, Gästezahl, Übernachtungen) geben, lassen aber keine Rückschlüsse auf persönliche Daten von Vermietern oder Gästen zu. Eurostat wird die Daten aufbereiten und regelmäßig veröffentlichen, die erste Veröffentlichung ist im zweiten Halbjahr 2020 geplant.

Hintergrund ist die geplante Revision der E-Commerce-Richtlinie im Rahmen der für die zweite Jahreshälfte angekündigten Digitalen Dienstleistungsakte. Zahlreiche lokale und regionale Interessensvertreter setzen sich ebenso wie Verbraucherschützer und Hotellerie- und Gastronomieverbände für eine gerechtere Regelung des elektronischen Geschäftsverkehrs und faire Wettbewerbsbedingungen ein. In vielen Kommunen trägt die kurzfristige Vermietung über Plattformen zu einer Verknappung des Wohnraums und zu steigenden Immobilienpreisen bei. Auch im ländlichen Raum, wo Zweitwohnsitze in Tourismusgemeinden mittels Sorglos-Paket beworben werden, werden die Plattformen zunehmend kritisch hinterfragt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_194](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_194)

## **Konsultation zur Energiebesteuerungsrichtlinie**

*Ein nicht unwesentlicher Teilaspekt des Grünen Deals ist die Revision der Energiebesteuerungsrichtlinie. Extrem unterschiedliche Zugänge der Mitgliedstaaten bei der Förderung fossiler Brennstoffe aber auch Ausnahmen für Kerosin oder Schiffsdiesel stehen im Fokus. Beiträge sind bis 1. April möglich.*

Die [Energiebesteuerungsrichtlinie](#) ist ein wenig beachtetes Kernstück des Grünen Deals. Zahlreiche Ausnahmeregelungen bei der Besteuerung fossiler Brennstoffe oder nationale Fördermaßnahmen begünstigen umweltschädliches Verhalten, die gegenwärtige Richtlinie ist nicht abgestimmt auf die jüngsten Energiepakete und trägt nicht zur Förderung von Energieeffizienz oder erneuerbaren Energien bei. Echte Verhaltensänderungen werden letztlich nur mittels steuerlicher Maßnahmen angestoßen, die Kommission startet nun ihren zweiten Versuch, diese Richtlinie anzupassen.

Der Vorschlag aus 2011 musste mangels Einigung im Rat 2015 zurückgezogen werden. Ob sich die Mitgliedstaaten diesmal zu einer klimafreundlichen Änderung der Energiebesteuerungsrichtlinie durchringen können, bleibt abzuwarten: Steuergesetzgebung unterliegt der Einstimmigkeit.

Bis 1. April kann man sich (informell) an der Diskussion beteiligen. Voraussetzung ist ein zuvor angelegter EU-Log In.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12227-Revision-of-the-Energy-Tax-Directive->

### **Coronavirus: AdR und RGRE/CEMR sagen Sitzungen ab**

*Aufgrund der Corona-Pandemie verschiebt der Ausschuss der Regionen seine für Ende März geplante Plenarsitzung auf unbestimmte Zeit.*

*Der Europäische Gemeindetag in Innsbruck wird ebenfalls abgesagt.*

Die 139. Plenarsitzung des AdR hätte am 25./26. März stattfinden sollen. Die Sitzung wird vorerst abgesagt, der AdR behält sich jedoch vor, sie zu einem anderen Zeitpunkt nachzuholen.

Auch der von 6.-8. Mai in Innsbruck geplante Europäische Gemeindetag des europäischen Dachverbands RGRE/CEMR ist Opfer des Coronavirus. Bereits registrierte Teilnehmer werden von den Veranstaltern kontaktiert, die Kongressgebühren werden rückerstattet.

<https://cor.europa.eu/de/news/Pages/EU-Committee-of-region-postpones-March-plenary-session-to-contribute-to-preventing-and-controlling-the-Coronavirus-pandemi.aspx>

<https://www.ccre.org/en/actualites/view/3992>